

## Erfolgreiche Basiskonferenz zu den Gründungsdokumenten

### Mitrißende Rede von Oskar Lafontaine

Damit hatten die Organisatoren der Veranstaltung wohl nicht gerechnet. Die über 300 Stühle im Saal des „Inselhotels“ in Potsdam-Herrmannswerder reichten bei weitem nicht aus, um allen interessierten Teilnehmern der Basiskonferenz aus Berlin und Brandenburg, die am 25.11.06 stattfand, Platz zu bieten. Zusätzlich wurde eine große Anzahl weiterer Stühle herangeschafft, sodass schließlich rund 450 Menschen den Veranstaltungsraum füllten. Zu der Basiskonferenz, auf der über die Gründungsdokumente für die neue linke Partei diskutiert werden sollte, hatten die Landesverbände der Linkspartei.PDS von Berlin und Brandenburg sowie der WASG-Landesverband eingeladen.

Klaus Lederer, der Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Berlin, eröffnete die Konferenz. Er betonte, dass jetzt alle Chancen für eine gesamtdeutsche Linke bestehen, wenn der Parteieubildungsprozess als Lernprozess angenommen wird und als fairer solidarischer

Fusion auf gleicher Augenhöhe handeln müsse. Katina Schubert, Mitglied der Programmgruppe, stellte die Gründungsdokumente vor. Sie ging u.a. darauf ein, dass das Selbstverständnis der neuen linken Partei noch weiterhin geklärt werden müsse, mit einem Seitenblick



Oskar Lafontaine (2. von rechts) und prominente Vertreter der Linkspartei.PDS Brandenburg auf der Regionalkonferenz in Potsdam-Herrmannswerder

auf die Tatsache, dass ein Teil der WASG-Mitglieder bisher nicht den Demokratischen Sozialismus als Ziel, Wert und Weg akzeptiert. Sie unterstrich, dass die Freiheits- und sozialen Rechte untrennbar zusammengehören. Dieser Standpunkt wurde von zahlreichen Rednerinnen und Rednern in der späteren Diskussion unterstützt.

Den Höhepunkt der Konferenz bildete das Auftreten von Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag. In seiner, auch emotional sehr ansprechenden, Rede setzte er sich mit den großen Fehlentwicklungen in der Politik in Deutschland auseinander, insbesondere mit dem ständig zunehmenden Sozialabbau und der Militarisierung der Außenpolitik. (Fortsetzung Seite 2)



Es gab keine freien Sitzplätze mehr im Inselhotel (Fotos: Reinhard Frank)

Einigungsprozess verläuft.

Steffen Hultsch, der 1. Sprecher der WASG Brandenburg, wies auf die guten Erfahrungen hin, die die WASG bei der Zusammenarbeit mit der Linkspartei.PDS gemacht hat und unterstrich, dass es sich um eine

Mit ihrer strikten Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr verteidigt die Fraktion der Linken im Deutschen Bundestag als einzige Partei das Völkerrecht. Auch Oskar Lafontaine ging von der untrennbaren Einheit von sozialen und bürgerlichen Freiheitsrechten aus. Er forderte als eine Antwort der Linken auf den ständigen Abbau der Demokratie politische Streiks und das Recht auf Generalstreiks. Bemerkenswert war auch sein Hinweis, dass die neue Linke ihre eigene Sprache finden müsse, gängige Begriffe, wie z..B. Lohnnebenkosten oder Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kritisch hinterfragen sollte. Eine Kernaufgabe sozialistischer Politik müsse es sein, wieder das Vertrauen der sozial Ausgegrenzten und Schwachen zu gewinnen. Als einen sozialistischen

## Bund-Länder-Abkommen für einheitlichen Informationsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher

### wenig Verbrauchertransparenz und reichlich Lebensmittelskandale gewiss

Nach der Zurückweisung des Verbraucherinformationsgesetzes durch den Bundespräsidenten fordert die Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Mitglied des Fraktionsvorstands, Kirsten Tackmann, ein Bund-Länder-Abkommen zu einem einheitlichen Verbraucherinformationsanspruch:

Die Föderalismusreform hat die ersten Bewährungsproben nicht bestanden: bundesweite Regelungen zum Nichtverbraucherschutz und zur Verbraucherinformation scheitern an der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Kleinstaaterei und dem ausufernden Kompetenzgerangel. Statt gesetzliche Regelungen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger endlich auf den Weg zu bringen, gehen die Diskussionen in eine Unehren-Runde.

Beim Verbraucherinformationsgesetz kann das allerdings auch eine neue Chance sein. Denn ein Verbraucherinformationsgesetz, das diesen Namen wirklich verdient hätte, würde gerade nicht an der missglückten Föderalismusreform scheitern. Darin wären kostenlose Auskunftsansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher direkt gegenüber den Herstellern und Händlern von Waren und Dienstleistungen festgeschrieben. Der von Horst Köhler kritisierte Verstoß gegen den Artikel 84 des Grundgesetzes, der es dem Bund verbietet, per Gesetz den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Ansatz in der Wirtschaftspolitik charakterisierte Oskar Lafontaine die Forderung nach der Kontrolle und Deregulierung wirtschaftlicher Macht.

In der anschließenden Diskussion gab es viel Zustimmung zu den Gründungsdokumenten, aber auch kritische Fragen und konstruktive Vorschläge. Die Debatte wurde von Irene Wolff-Molorciuc, MdL, Linkspartei.PDS, und Hartmut Kühne, Vorsitzender des WASG-Kreisverbandes Brandenburg an der Havel moderiert.

Alles in allem, es war eine erfolgreiche Veranstaltung, die Hoffnung machte, dass wir auf einem guten Weg zur Bildung einer neuen linken Partei in Deutschland sind. Horst Maiwald

Aufgaben zu übertragen, käme überhaupt nicht in Betracht. Statt einem direkten Informationsanspruch hat die Große Koalition den Bürgern aber nur ein kostenpflichtiges Verwaltungsverfahren mit ausführlichen Auskunftsverweigerungsgründen und anderen Hintertürchen gegeben. Damit ist sie vor der Wirtschaftslobby eingeknickt und hat sich ganz superschlau selbst überlistet.

Wenn die Große Koalition das halbherzige Verbraucherinformationsgesetz noch retten will und der Informationsanspruch der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht an der Kleinstaaterei scheitern soll, dann muss die Bundesregierung wenigstens auf ein Bund-Länder-Abkommen zu einem einheitlichen Verbraucherinformationsanspruch hinwirken. Ein derartiges Bund-Länder-Abkommen hatte DIE LINKE. schon im Bereich der Lebensmittelqualität und -sicherheit eingefordert. Und zwar als vertraglich geregeltes Qualitätsmanagement der Lebensmittelkontrollen der Länder. Aber auch hier mauert die Große Koalition mit Hinweis auf die föderale Zuständigkeit, obwohl erst die Hälfte der Bundesländer über ein Qualitätsmanagement zur Überprüfung und Fortentwicklung der Lebensmittelkontrollen verfügen. Angesichts der nun überhaupt nicht bestehenden Informationsrechte und der uneinheitlichen Lebensmittelkontrollen sind auch im neuen Jahr wenig Verbrauchertransparenz und reichlich Lebensmittelskandale gewiss.

## Interview mit Diana Golze

### Für höheres Kindergeld und eine gebührenfreie Kinderbetreuung

Was waren aus Deiner Sicht die wichtigsten bzw. weitreichendsten Entscheidungen, die der Bundestag in diesem Jahr getroffen hat?

Diana Golze: Ich denke, neben mehreren Auslandseinsätzen der Bundeswehr, bei denen ich konsequent mit „Nein“ gestimmt habe, gehört der Beschluss zur Erhöhung der Mehrwertsteuer dazu. Von dieser Verbrauchssteuer werden vor allem Familien und Geringverdiener betroffen sein – die Haushalte, die schon jetzt jeden Cent dreimal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Sie werden es ab dem nächsten Jahr noch schwerer haben. Meine Fraktion hat geschlossen gegen diese soziale Ungerechtigkeit gestimmt.

Ab nächstes Jahr gibt es Elterngeld. Wie denkst Du über diese familienpolitische Neuerung?

Diana Golze: Das Elterngeld fördert, wie viele Maßnahmen der Großen Koalition, nur die Besserverdienenden. Die Geringverdiener, StudentInnen oder ALG-II-Bezieher werden schlechter gestellt als zuvor, da es das Mindestelterngeld von 300 Euro nur für zwölf und nicht wie früher das Erziehungsgeld für 24 Monate gibt. Dafür profitieren Personen mit mittleren und hohen Einkommen, da sie statt Erziehungsgeld künftig 67 Prozent ihres letzten Einkommens erhalten. Dagegen hätte ich nichts, wenn es nicht durch die einkommensschwächeren Eltern finanziert werden würde.

Welches ist die interessanteste Persönlichkeit, die Du in Deiner Funktion als Bundestagsabgeordnete kennen gelernt hast?

Diana Golze: Ich habe im zurückliegenden Jahr viele interessante Persönlichkeiten kennen gelernt. Es ist erstmal ein seltsames Gefühl, z.B. als Schriftführer neben dem Bundestagspräsidenten zu arbeiten oder bei einem Mittagessen den Präsidenten der slowenischen Staatsversammlung zu treffen. Aber oft sind es nicht die schillernden Figuren aus dem Fernsehen, die mich beeindruckten, sondern die Menschen, die im Hintergrund stehen.

Was würdest Du ändern, wenn Du einen Tag lang mit Familienministerin Ursula von der Leyen tauschen könntest?

Diana Golze: Na, da könnte ich jetzt natürlich sagen, was ich an dem Tag alles beschließen würde: eine Kindergelderhöhung oder den Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Kitaplatz. Aber ich weiß, dass die Ministerin nicht einmal könnte, wenn sie es wollte. Ich

könnte sagen, dass ich meine Kabinettskollegen in eine Einrichtung vor Ort mitnehmen würde, die sich um Kinder kümmert, die nicht in einen Kindergarten gehen dürfen, weil ihre Eltern arbeitslos sind. Eigentlich würde ich mit ihr aber nicht tauschen wollen. Lieber verbringe ich den Tag mit meinem Mann und unserer kleinen Tochter.

Welche Vorhaben verfolgt die Fraktion Die Linke im nächsten Jahr auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendpolitik?

Diana Golze: Ganz oben an steht die Bekämpfung der Kinderarmut und ihrer Folgen. Dafür brauchen wir als ersten Schritt ein höheres Kindergeld und das Recht auf den gebührenfreien Zugang für alle Kinder ab der Geburt in eine Kindertagesstätte. Außerdem werden wir uns weiter für den Erhalt der Jugendhilfeeinrichtungen einsetzen und darauf achten, dass das neue Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus effektiv ausgestaltet wird.

Worüber hast Du Dich als Parlamentarierin bisher am meisten geärgert?

Diana Golze: Über die Arroganz vieler Mitglieder des Bundestages, die zum Teil schon seit Jahrzehnten dort sitzen und mir vom wirklichen Leben erzählen wollen. Und darüber, dass die Große Koalition so häufig gegen die Interessen der meisten ihrer WählerInnen entscheidet, z.B. bei Hartz-IV-Verschärfungen oder bei der Rente ab 67. Im Zusammenhang mit den jüngsten Amok-Läufen Jugendlicher wird ein schnelles Verbot von Gewalt verheerenden Computerspielen gefordert. Warum bist Du skeptisch, dass ein solches Verbot nicht sinnvoll wäre?

Diana Golze: Schon jetzt sind die Spiele, auf die sich die aktuelle Debatte bezieht, indiziert oder stehen unter einer Altersbeschränkung. Trotzdem gelangen sie in die Hände von Kindern und Jugendlichen. Verbote schrecken nicht ab, sondern machen diese Spiele nur noch interessanter. In Zeiten der weltweiten Internet-Kommunikation brauchen wir keine weiteren Verbote, sondern bessere Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit, die solche Spiele uninteressant machen, sowie eine Stärkung der Medienkompetenz von Kindern, Eltern und ErzieherInnen.

Was steht auf dem weihnachtlichen Wunschzettel einer Bundestagsabgeordneten?

Diana Golze: Mehr Zeit für meine Familie, für unpolitische Literatur und Schlaf.



## Abstimmungsverhalten der Gartenfreunde ist deshalb mindestens merkwürdig

### Unverständnis über Entscheidung zum Parkplatzbau

Die Errichtung des Parkplatzes am Gertrud-Piter-Platz ist ein umstrittenes Thema. Dass die Wogen in der Sitzung der SWV hoch schlagen würden, war absehbar. Die Ankündigung der Oberbürgermeisterin, einen Beschluss über einen vorübergehenden Baustopp nach der Gemeindeordnung beanstanden zu wollen, tat ein übriges.

Verwies die Oberbürgermeisterin doch ausdrücklich auf den Umstand, dass die Beanstandung aufschiebende Wirkung für den Beschluss hätte und der Parkplatz solange weiter gebaut würde, bis über die Beanstandung entschieden sei. Dadurch wären Tatsachen geschaffen. Die reale Möglichkeit der Volksvertreter, eine öffentliche Angelegenheit selbst zu entscheiden, wurde durch die Oberbürgermeisterin so beschnitten. Das Zeichen ist wohl zu verstehen.

Verwunderlich war allerdings das Verhalten der Fraktion der Gartenfreunde. Zusammen mit der SPD, den Grünen und mit DIE LINKE.PDS hatten sie den Antrag gestellt, die Bauarbeiten an dem Parkplatz bis auf Weiteres einzustellen und die Verwaltung mit der vertieften Prüfung von Alternativen zu beauftragen.

Ohne ein Wort der Erklärung stimmten beide anwesende Vertreter der Gartenfreunde bei der Abstimmung gegen den eigenen Antrag. Da das

## Wird das Gericht eingeladen?

28 Bungaloweinbrüche in acht Gartensparten verübte ein 47-jähriger in den vergangenen drei Monaten. Polizisten erwischten den Mann, der wohl nur auf Bewährung in Freiheit war, auf frischer Tat.

Der Haftantrag der Staatsanwaltschaft wurde vom Gericht nicht genehmigt. So hat der Täter die Möglichkeit, noch einen 29. und 30. Einbruch zu begehen, um anschließend ein Jubiläum zu feiern. Ob das Gericht dazu eingeladen wird, das ist leider nicht bekannt.

Edith Altenkirch

Abstimmungsergebnis 19:22 lautete, wurde der Antrag abgelehnt. Bei einer Zustimmung der beiden Vertreter der Gartenfreunde statt einer Ablehnung wäre das Ergebnis 21:20 für den Antrag gewesen.

Das Abstimmungsverhalten der Gartenfreunde ist deshalb mindestens merkwürdig. Von einem verlässlichen Partner wäre mindestens eine vorherige Erklärung zu erwarten gewesen. So bleiben nur Fragezeichen, wofür die Fraktion der Gartenfreunde künftig stehen will und wem sie Partner sein will.

Matthias Osterburg



Selber entscheiden und selber mitmachen!  
Als Mitglied der Linkspartei.  
Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!  
Im Internet unter [www.sozialisten.de](http://www.sozialisten.de)  
oder in der Geschäftsstelle

# Weltbehindertentag – welche Bedeutung hat er heute?

## Ein gutes Stück vorangekommen

Anlässlich des Weltbehindertentages am 03. Dezember ergeben sich für mich folgende Fragen: Braucht die Gesellschaft einen solchen Tag? Wenn ja – wer braucht ihn?

Meine Erfahrungen und die vieler meiner Mitstreiter im täglichen Leben zeigen, dass sowohl wir, als Menschen mit Behinderung, als auch Nichtbehinderte diesen Tag benötigen. Es gibt noch immer zahlreiche Barrieren in den Köpfen der Menschen.

Ein anschauliches Beispiel sind die Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern. Solch ein Tag dient deshalb dazu, öffentlich für die Belange von Menschen mit Handicap zu sensibilisieren.

Ziele des Behindertenbeirates der Stadt Brandenburg an der Havel sind u.a. die barrierefreie Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude, Verkehrsräume und sonstiger Flächen zu gewährleisten. Das Ziel, die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen, unabhängig von Art und Schwere der Behinderung, am gesellschaftlichen Leben zu erreichen, hat für uns Priorität.

Auf diesem Weg ist der Beirat mit Hilfe anderer Menschen, Vereine und Verbände ein gutes Stück vorangekommen.

Erinnern möchte ich u.a. an die gemeinsame Ausstellung mit dem Brandenburger Theater unter dem Motto: „Hier sind wir, warum seid ihr so anders?“ Erstmals hatten hier Menschen mit Handicap die Möglichkeit, ihr Können in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Die Zusammenarbeit mit Vertretern der Stadt hat sich positiv entwickelt. Fachleute des Beirates werden in vielen Fällen in die Planung von öffentlichen Einrichtungen oder anderen Sachverhalten einbezogen.

Auch wenn dies noch nicht in jedem Fall gelingt, ist es im vergangenen Jahr besser geworden.

Das gute Zusammenwirken zwischen Behinderten- und Seniorenbeirat der Stadt hat positive Auswirkungen für die Durchsetzung gemeinsamer Interessen.

Die Einweihung des Liftes im Marienbad trägt dazu bei, dass Menschen die mobilitätsbehindert sind, selbstbestimmter am Freizeitleben in unserer Stadt teilnehmen können. Dem Ziel einer Gleichbehandlung von Behinderten und Nichtbehinderten sind wir damit wieder ein Schritt näher gekommen.

Dennoch ist dieser Weltbehindertentag, der 1992 von der UNO ins Leben gerufen wurde, immer noch wichtig. Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung werden an diesem Tag in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Das Augenmerk sollte hier auch auf kaum oder nicht sichtbare Behinderung gelegt werden. Ich denke hier insbesondere an hörgeschädigte und gehörlose bzw. blinde und sehbehinderte Personen. Ich bin sehr froh, dass inzwischen Vertreter beider Verbände im Behindertenbeirat mitarbeiten. Sie können so noch besser die

Möglichkeit nutzen, ihre Bedürfnisse und Probleme zu artikulieren und die Öffentlichkeit stärker für ihre Belange zu sensibilisieren.

Der Behindertenbeirat der Stadt Brandenburg an der Havel wird sich im Sinne der „Barceloner Erklärung“ auch weiterhin für die kontinuierliche Entwicklung in Richtung einer „barrierefreien Stadt“ einsetzen.

Kerstin Huch

(Vorsitzende des Behindertenbeirates)



Schon solch eine kleine Rampe erleichtert das Leben der Menschen die an einen Rollstuhl gebunden sind sehr! Leider sind diese auch in unserer Stadt noch nicht überall zu finden.

## 09. November

### Leserbriefe

In Landsberg an der Warthe stand ich mit meinem Vater einen Tag nach der sogenannten „Kristallnacht“ vor der völlig ausgebrannten und noch qualmenden Synagoge.

Angesichts des Brandgeruchs und der vorhandenen Ruine mit dem riesigen Kuppelskelett empfand ich die Situation als bedrohlich. Mir war unbehaglich zumute, denn ich verstand die Zusammenhänge nicht.

Heute, 68 Jahre nach dieser schändlichen Tat, ist es für mich selbstverständlich, der Opfer der Judenpogrome von 1938 zu gedenken.

Nach 1945 gab es keinen jüdischen Überlebenden mehr in unserer Stadt. Doch die Anwesenheit einer neuen jüdischen Gemeinde ist eine Bereicherung der städtischen Gemeinschaft und der Kultur und muss deshalb unsere volle Unterstützung haben. Der Bund der Antifaschisten hat deshalb bereits 1993 die Initiative ergriffen, die jeweils separat abgehaltenen Veranstaltungen der Kirche und des Bundes der Antifaschisten (BdA) zum 09. November zusammenzuführen.

In Kreisjugendpfarrer Ingo Arndt fand ich einen verständnisvollen Partner und seit dem, trotz wechselnder kirchlicher Mitarbeiter, eine bis heute kontinuierliche gute Zusammenarbeit.

Das Gedenken am 09. November war anfangs nur eine beiderseitige Veranstaltung und vom Inhalt her ein Gedenkgottesdienst mit einer abschließenden

kurzen Rede eines Vertreters des BdA. Doch mit der Zeit fanden sich auch andere Vertreter politischer Parteien zu dieser Veranstaltung ein. Mit der neuen Jüdischen Gemeinde wurde auch die Stadtverwaltung aktiver Teilnehmer an dieser Veranstaltung. Somit hat sich der Kreis der Teilnehmer von Jahr zu Jahr kontinuierlich erhöht und umfasst etwa 100 Personen. Durch die jüdische Gemeinde wurde der Rabbiner der jüdischen Gemeinde Potsdams, Herr Preußmann, für die Veranstaltung gewonnen, womit der Inhalt und Charakter der Gedenkveranstaltung aufgewertet wurde. Zur diesjährigen Veranstaltung sprach der Rabbiner Rubin den „Kaddisch“, Pfarrer Puppe aus Pritzerbe zelebrierte den Gottesdienst und zum Abschluss der Veranstaltung sprachen Herr Krüger als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung sowie vom BdA Genosse Horst Maiwald. Gen. Maiwald hat in sehr einfühlsamer Weise, sachbezogen und konkret Zusammenhänge aufgezeigt, den gegenwärtigen Stand rechtsextremer Aktivitäten analysiert und Schlussfolgerungen für die antifaschistische Arbeit gezogen. Diese sind nicht nur für den BdA, sondern auch für die evangelische Gemeinde bzw. für alle Bürger der Stadt von Bedeutung. Der BdA ist bestrebt, diese gute Zusammenarbeit mit der Kirche, der jüdischen Gemeinde und der Stadtverwaltung auch in Zukunft fortzusetzen.

Alfons Wichterei

## Frau Malinowski spricht die Wahrheit

Zu dem Artikel vom Sonnabend, dem 18.11.06, der MAZ ist folgendes zu sagen:

Die Tatsachen, die Frau Malinowski angegeben hat, entsprechen meines Erachtens der Wahrheit. Ich bin selbst auf die Lebensmittel der „Tafel“ angewiesen.

Dieser Zustand ist so deprimierend, das kann sich nur jemand vorstellen, der es selbst erlebt hat. Es kommt darauf an, welche Nummer man gezogen hat und wie die Laune der dort Beschäftigten ist. Dementsprechend wird man behandelt.

Oder es passiert auch, dass einem die Ware ein-

fach so auf den Tresen geknallt wird. Hat man mal Wünsche, so heißt es gleich von hinten: „Das gibt es nicht“ oder „Sie haben doch schon“.

Es ist auch leider normal, dass die Mitarbeiter der Kleiderkammer des Roten Kreuzes zum Feierabend mit prall gefüllten Taschen oder Beuteln das Gelände verlassen.

Da stimmt doch was nicht!

Die Autorin ist der Redaktion bekannt.

*Die Redaktion der Havelbrandung und der Stadtvorstand der Linkspartei.PDS wünscht allen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten der Linkspartei.PDS und den Kolleginnen und Kollegen der WASG, und allen Lesern ein friedliches und gesundes Weihnachtsfest, sowie ein gesundes und friedliches Jahr 2007.*

*Die Redaktion*

## Wir Gratulieren

03.12. Erhard Heidemann	21.12. Lotte Eilert
04.12. Beate Malinowski	21.12. Helmut Peter
05.12. Myong-Hee Hein	22.12. Bernd Vogel
07.12. Günter Kilch	24.12. Bernd Kettmann
08.12. Gundula Geyer	24.12. Norbert Kießlich
10.12. Horst Gartmann	24.12. Hans Meuer
13.12. Cäcilia Andreas	25.12. Wilhelm Hilbig
16.12. Heinz Glogau	28.12. Peter Vöckler
17.12. Werner Karius	29.12. Ingeburg Mahrenholz
20.12. Heinz Siebert	30.12. Charlotte Prill

## Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr
Linke.PDS-Geschäftsstelle	
Altstadt Markt 2	
14776 Brandenburg	
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33	
Fax: 0 33 81 - 22 99 61	
Internet: <a href="http://www.linkspartei-pds-stadt-brb.de">www.linkspartei-pds-stadt-brb.de</a>	
E-Mail: <a href="mailto:info@linkspartei-pds-stadt-brb.de">info@linkspartei-pds-stadt-brb.de</a>	

## Impressum

Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg  
 Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe  
 Anschrift: Altstädtischer Markt 2,  
 14776 Brandenburg  
 email: [info@linkspartei-pds-stadt-brb.de](mailto:info@linkspartei-pds-stadt-brb.de)  
 Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.  
 Nächster Redaktionsschluss 06. Januar 2007



Hier errichten  
notorische Weltverbesserer

# DIE NEUE LINKE.

Sie nehmen dazu Geduld, Toleranz,  
Sachverstand und gehen mit Humor ans Werk.

Gesponsert wird der Bau weder vom  
dicken Geld, noch von Unternehmerverbänden.  
Auch hat der Papst ihn noch nicht gesegnet.  
Möge er trotzdem gelingen!